



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“


Siegmund Ehrmann, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1.446**


 (030) 227 – 77 654


 (030) 227 – 76 654


 siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4
47441 Moers


 (02841) 99 805 99


 (02841) 99 805 88


 siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38
47798 Krefeld

 (02151) 31 96 50

 (02151) 82 07 611

 siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 20. Juni 2007

Bericht aus Berlin 11/2007

- I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen,

im Koalitionsausschuss haben wir am 18.06.2007 einen Erfolg beim Arbeitnehmer-Entsendegesetz erzielt. Bis zum 31. März 2008 können die Tarifvertragsparteien der betreffenden Branchen einen Antrag stellen, ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Damit wird im Prinzip das Verfahren für das Arbeitnehmerentsendegesetz für alle Branchen eröffnet.

Für die Wirtschaftszweige, in denen es keine Tarifverträge gibt oder die Tarifbindung nur für eine Minderheit der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber besteht, werden wir das Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen aus dem Jahre 1952 aktualisieren.

Im Kern ist aber nüchtern festzustellen:

Mit der Union ist ein breit wirksamer Mindestlohn nicht durchzusetzen. Der Verweis der Union auf die Tarifautonomie ist nur auf den ersten Blick plausibel, lässt aber



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

vollständig die Tarifwirklichkeit aus dem Blick. Es gibt nämlich viele Branchen, in denen Tarifpartner keine Kraft haben, für die dort Beschäftigten anständige Löhne abzuschließen. Diese müssen wir durch gesetzliche Mindestlöhne schützen. Es kann doch nicht wahr sein, dass 600.000 Menschen in unserem Land hart arbeiten und dennoch ergänzende Leistungen nach dem SGBII („Hartz VI“) beantragen müssen, um eine Grundsicherung zu bekommen!!! Hinzu kommen noch 500.000 Teilzeitbeschäftigte, die ergänzende Mittel nach SGB II beziehen!!

Beide Maßnahmen sind ganz wichtige Schritte hin zu einem Mindestlohn. Für den werden wir weiter kämpfen.

Was die Union gestern bei der Frage von sittenwidrigen Löhnen geboten hat, spottet jeder Beschreibung und ist einfach unanständig. Sie wollen nicht das Problem lösen und den Menschen, die im Niedriglohnbereich tätig sind, helfen. Im Gegenteil: Sie lassen die Menschen alleine, die für drei, vier Euro die Stunde arbeiten und schauen müssen, wie sie über die Runden kommen.

Für uns ist das nicht akzeptabel. Deshalb werden wir weiter für einen Mindestlohn in Deutschland kämpfen. Es darf bei uns keine sittenwidrigen Löhne geben. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können.

Wenn das nicht in die Köpfe unseres Koalitionspartner geht, werden wir sie mit diesem Thema treiben. Nicht nur bei den anstehenden Wahlkämpfen in Hessen, in Niedersachsen, in Hamburg, in Bayern, im Saarland, bei der Europawahl und natürlich auch im Bundestagswahlkampf. Und zwar solange, bis sich die Union bewegt. Oder bis wir wieder den Bundeskanzler stellen. Das wäre sowieso das Beste.

Über die Ergebnisse bei der Reform der Pflegeversicherung habe ich mit einem besonderen Rundschreiben informiert.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Nach dem Parteitag der Linken und der Liberalen wird immer klarer:

Wenn Postkommunisten uns vorwerfen, wir seien neoliberal und wenn Marktradikale uns vorwerfen, wir stünden zu weit links, dann stehen wir richtig: Wir regieren aus der Mitte heraus.

- Wir arbeiten daran, dass sich der derzeitige Aufschwung fortsetzt.
- Wir sorgen dafür, dass neue Arbeitsplätze entstehen können.
- Wir machen unsere Sozialsysteme zukunftssicher,
- Wir betreiben eine konstruktive und friedensorientierte Außenpolitik.
- Wir sehen die Globalisierung - bei allen Risiken - als Chance für alle Menschen auf der Welt.

Sozialdemokraten stehen für soziale Gerechtigkeit. Wir stehen für Freiheit eines jeden Einzelnen. Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft in der wechselseitige Verantwortung übernommen wird. Wir garantieren, dass soziale Politik für Deutschland gestaltet wird. Kurzum: Wir übernehmen Verantwortung für Deutschland und für die Menschen.

Ganz anders die neue, sog. Linkspartei. Sie ist keine Gestaltungspartei, sondern vor allem im Bund eine reine Protestpartei. Sie will nicht regieren und verantwortlich handeln. Sie will lediglich protestieren. Sie bietet den Menschen damit keine konkreten Perspektiven, die Lebensverhältnisse zu verbessern. Sie geht zynisch mit den Sorgen und Ängsten der Menschen um.

Auch ist der Name „Die Linke“ eine Vortäuschung falscher Tatsachen. Die wirkliche politische Linke steht in der Tradition der Aufklärung und des Fortschritts. Die erweiterte PDS steht für Populismus und Rückwärtsgewandtheit. Sie redet und handelt wider besseren Wissens. Sie profitiert von Ängsten und bedient Ressentiments.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Auch ist es mehr als bezeichnend, dass diese neue Partei einen Westbeauftragten benötigt. Das offenbart: Die erweiterte PDS ist weit davon entfernt, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Drei Viertel der Mitglieder kommen aus dem Osten, zwei Drittel der Fraktion kommen aus der PDS. Letztendlich sind einige Tausend Mitglieder der bisherigen WASG in die Strukturen der alten PDS geschlüpft.

Für uns ist diese neue Partei, wie andere Parteien auch, ein politischer Wettbewerber und politischer Gegner. Wir suchen den Wettstreit entlang von Sachfragen. Auf Scharmützel mit dem einen oder anderen, der die Fahnen gewechselt hat, sollten wir uns nicht einlassen. Das würde die entsprechenden Personen nur aufwerten und von der Ideenlosigkeit dieser neuen Gruppierung ablenken.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

II. Zur Woche

Bundeswehreinsatz im Kosovo verlängern

In dieser Woche steht eine nochmalige Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo bis Mitte Juni 2008 an.

Die Mission, die auf einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, ist erstmals im Juni 1999 durch den Deutschen Bundestag beschlossen und seitdem mehrmals verlängert worden. Die Präsenz der Sicherheitstruppe Kosovo Force - KFOR -gewährleistet auch weiterhin die militärische Absicherung der Friedensregelung des Sicherheitsrates für das Kosovo. Derzeit haben wir etwa 3.000 Soldaten bei diesem Einsatz.

Die Lage im Kosovo ist ruhig und stabil. Es bestehen aber nach wie vor ethnische Gegensätze. Die Mehrheit der kosovo-albanischen Bevölkerung bemüht sich dennoch, und in der Hoffnung auf eine baldige Unabhängigkeit, darum, den Statusprozess nicht durch erneute Ausschreitungen zu stören. Bis zum Sommer will die internationale Gemeinschaft eine Lösung für den im November 2005 eingeleiteten Prozess zur Bestimmung des künftigen Status für das Kosovo erreichen. Angesichts der Spannungen mit Serbien dringt die kosovarische Regierung auf eine vollständige Unabhängigkeit und erhält dafür Unterstützung vor allem von den USA. Russland warnt hingegen davor, die Statusfrage des Kosovo ohne Zustimmung Serbiens zu klären. Die serbische Regierung will eine Loslösung ihrer Südprovinz verhindern und bietet stattdessen eine «überwachte Autonomie» an.

Gesetz zur Änderung der Rechtsgrundlagen zum Emissionshandel

Wir beraten in dieser Woche in 2./3. Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Rechtsgrundlagen zum Emissionshandel im Hinblick auf die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012.

Mit dem Gesetz werden Gesamtzuteilungsmenge und Zuteilungsregeln für die zweite Handelsperiode gesetzlich festgelegt. Darüber hinaus werden notwendige



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Anpassungen weiterer Rechtgrundlagen des Emissionshandels vorgenommen.
Zudem erfolgen Klarstellungen zum Vollzug einzelner Regelungen.

Die vorgesehene Gesamtzuteilungsmenge von 453,1 Mio. Tonnen CO₂ entspricht den Erkenntnissen aus den jüngeren Daten und folgt der Entscheidung der EU-Kommission zum deutschen Allokationsplan für 2008 bis 2012.

Mit dem Beschluss zur zweiten Periode des Nationalen Allokationsplans (NAP) schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Deutschland das entscheidende klimapolitische Ziel -eine Minderung seiner Treibhausgase um 21 Prozent - bis 2012 gegenüber dem Basisjahr 1990 erreichen kann.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

II. Aktuelles Thema

Milliarden-Job-Programm für schwer vermittelbare Arbeitslose und Arbeitlose unter 25 Jahren

Die Agenda 2010 und das 25-Milliarden-Euro-Impulsprogramm entfalten ihre Wirkung. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gesunken, das Beschäftigungswachstum hält an und die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt auf einem hohem Niveau.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Mai im Vergleich zum April um 161.000 auf 3,806 Millionen und damit auf den tiefsten Stand seit fünfeinhalb Jahren gefallen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren sogar 732.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet.

Das Beschäftigungswachstum gewinnt weiterhin an Breite und auch die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen bleibt auf hohem Niveau stabil. Der Abbau der Arbeitslosigkeit geht einher mit einem Aufbau der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sie stieg im März 2007 (aktuellste Erhebung des Statistischen Bundesamtes) im Vergleich zum Vorjahresmonat um 618.000 auf 26,56 Millionen.

Fest steht: Die Investitionsprogramme der Bundesregierung und die intensivere Betreuung der Arbeitslosen sind die Hauptursachen für den stetigen Abbau der Arbeitslosigkeit. Fest steht aber auch, dass in Deutschland immer noch zu viele Menschen arbeitslos sind. Deutschland braucht daher einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen Chancen eröffnet, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen und für das Alter vorzusorgen. Hierfür müssen die Voraussetzungen auch nach Umsetzung der „Agenda 2010“ weiter verbessert werden. Wir wollen zusätzliche Anreize dafür schaffen, dass Arbeitgeber Arbeitsplätze bereitstellen und Arbeitnehmer Arbeitsplätze auch annehmen.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Unser Parteivorsitzender Kurt Beck hat in der letzten Woche, am 11. Juni 2007, in der FAZ zur Situation in der Gesellschaft geschrieben. Er beschreibt darin sehr kompakt das sozialdemokratische Leitbild „guter Arbeit“, das nicht zulässt, die Gesellschaft in produktive und unproduktive Teile zu spalten.

Die menschenwürdige Gestaltung der Arbeitsgesellschaft hat für die SPD höchste Priorität und wird ihr unverwechselbares Markenzeichen bleiben.

Die SPD wird ihren erfolgreichen Weg der Reformen am Arbeitsmarkt fortsetzen. Unsere Arbeitsmarktpolitik muss auch gerade denjenigen helfen, die langfristig chancenlos sind und nicht aus eigener Kraft eine Arbeit finden.

Wir wollen 100.000 auf lange Sicht chancenlose Erwerbslose und 50.000 jugendliche Arbeitslose mit zwei neuen milliardenschweren Programmen für Beschäftigung und Ausbildung helfen:

1. Wir beraten daher in dieser Woche in 1. Lesung ein Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen (**Zweites Gesetz zur Änderung des SGB II**).

Dieser Entwurf sieht vor, dass im SGB II ein Beschäftigungszuschuss als neue Arbeitgeberleistung eingeführt wird, um die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen zu fördern.

Gefördert wird die Einstellung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, langzeitarbeitslos sind und mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen eine mindestens sechsmontatige Aktivierung nicht zum Eingliederungserfolg geführt hat und bei denen eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monate nicht zu erwarten ist.

Gefördert werden Arbeitgeber mit einem Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent. Die Förderdauer beträgt in aller Regel 24 Monate. Zudem sind pauschalierte Kostenzuschüsse für eine begleitende Qualifizierung möglich.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Ab dem ersten Jahr der vollen Wirksamkeit stehen dann jährlich 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

- Wir beraten außerdem in dieser Woche in 1. Lesung einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen (**Viertes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**).

Fehlende berufliche Qualifikation, gesundheitliche Einschränkungen und Schuldenprobleme erschweren eine erfolgreiche berufliche Eingliederung. Schlechte Startchancen ziehen in der späteren Erwerbsbiografie häufig Arbeitslosigkeit nach sich, bis hin zu sich verfestigender Langzeitarbeitslosigkeit. Bildungsschwache Jugendliche und junge Erwachsene, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sollen die Chance erhalten, sich am Arbeitsplatz zu bewähren und ihre Qualifikation zu verbessern.

Der Gesetzentwurf sieht daher die Einführung eines Eingliederungszuschusses und eines Qualifizierungszuschusses zum 1. Oktober 2007 vor. Der Eingliederungszuschuss zielt auf Jugendliche unter 25 mit Berufsabschluss, der Qualifizierungszuschuss dagegen auf Jugendliche unter 25 ohne Berufsabschluss ab. Beide Zuschüsse sind Ermessensleistungen; der Eingliederungszuschuss wird in Höhe von 25 bis höchstens 50 Prozent und der Qualifizierungszuschuss in Höhe von 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Bruttoarbeitsentgelts geleistet.

Bei der Förderung werden höchstens Bruttoarbeitsentgelte von 1.000 Euro monatlich zugrunde gelegt. 15 Prozentpunkte werden für die Qualifizierung verwendet. Hierbei können auch Qualifizierungsbausteine oder die noch zu entwickelnden Ausbildungsbausteine genutzt werden. Damit soll das Nachholen des Berufsabschlusses erleichtert werden.

Beide Leistungen sind bis zum 31. Dezember 2010 befristet.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Darüber hinaus löst die Bundesregierung ihre Zusage aus dem Ausbildungspakt ein, die Förderung von jeweils 40.000 Plätzen bei der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) für die kommenden drei Jahre sicherzustellen. Dazu wird die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher auf Grund ihres Erfolgs als Arbeitgeberleistung dauerhaft in das Arbeitsförderungsrecht übernommen und die Fördervoraussetzungen im Wesentlichen inhaltsgleich gesetzlich geregelt.

Als eine weitere wesentliche Maßnahme wird eine Arbeitgeberförderung für die sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung und Ausbildung eingeführt.

Gefördert werden können Maßnahmen der sozialpädagogischen Begleitung, die die Integration benachteiligter Jugendlicher in den Arbeitsprozess stabilisieren.

Klein- und Mittelbetriebe können bei der Administration und Organisation betrieblicher Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung benachteiligter junger Menschen unterstützt werden.

Fazit: Wir Sozialdemokraten schreiben niemanden ab. Mit diesen zwei Gesetzentwürfen schaffen wir neue Chancen für Menschen, die bisher oft an den Rand gedrängt wurden. Die von der SPD durchgesetzten Beschlüsse zeigen, dass ernst gemacht wurde mit "Fördern und Fordern": "Wir schaffen neue Chancen und holen Arbeitssuchende wieder ins Erwerbsleben. Mit diesen zwei Gesetzentwürfen wird ein zentrales Ergebnis der Koalitionsarbeitsgruppe "Arbeitsmarkt" umgesetzt.

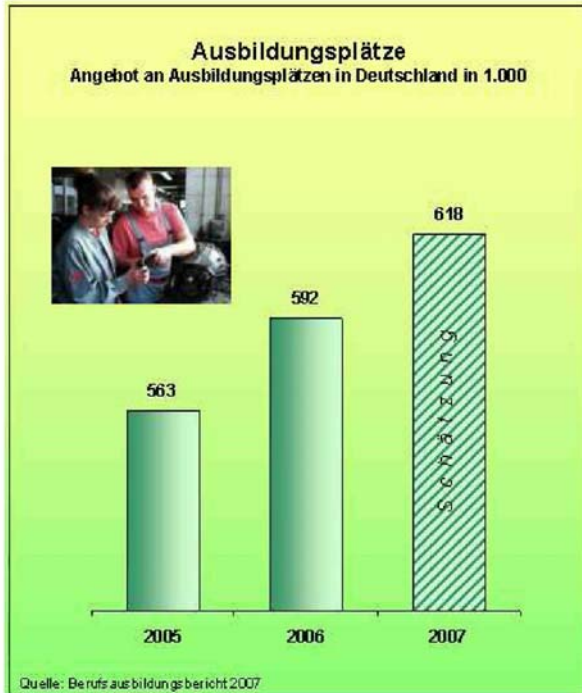


Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

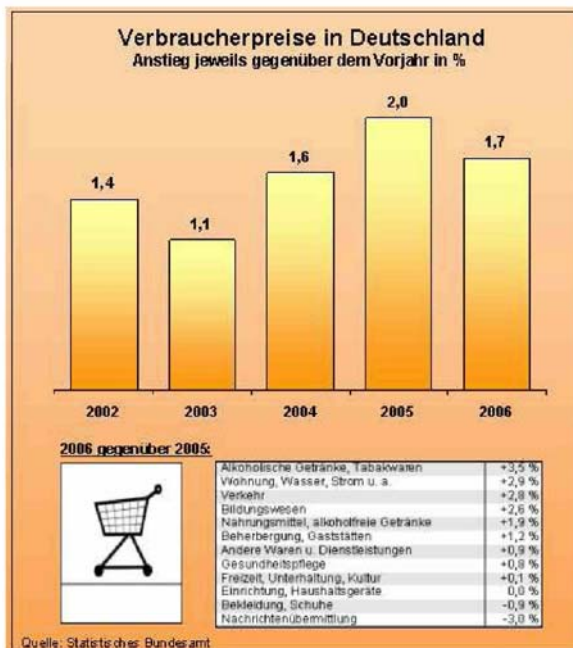
IV. Standort Deutschland

1. Wieder mehr Ausbildungsplätze



Auch im Ausbildungssektor macht sich die positive konjunkturelle Entwicklung bemerkbar. Schätzungsweise 618.000 Ausbildungsplätze sollen in diesem Jahr zur Verfügung stehen, 26.000 mehr als im Vorjahr. Jedoch klafft noch immer eine zu große Lücke zwischen dem Lehrstellenangebot und der Lehrstellennachfrage. In 2006 standen den knapp 595.000 angebotenen Stellen eine Nachfrage von fast 626.000 gegenüber.

2. Nur geringer Verbraucherpreis-Anstieg



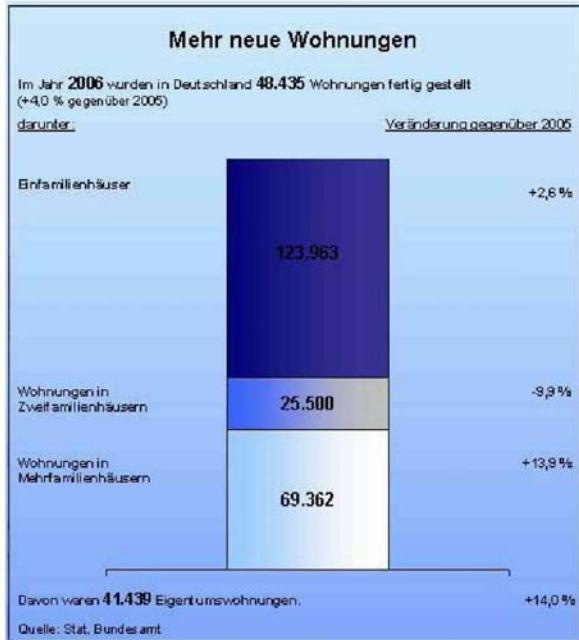
Der Preisauftrieb in Deutschland hat sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr etwas abgeschwächt. Im Durchschnitt mussten die Verbraucher 1,7 Prozent mehr für Waren und Dienstleistungen bezahlen.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

3. Mehr Wohnungsbau im Jahr 2006



248.400 Wohnungen wurden 2006 in Deutschland fertig gestellt, 4 Prozent oder 9.500 Baufertigstellungen mehr als 2005. Größtenteils ist diese positive Entwicklung auf die Wohnungsbauförderung zurückzuführen, die Ende 2005 auslief. Denn 2005 gegenüber 2004 sank die Zahl der fertig gebauten Wohnungen noch um 14 Prozent. Die Zuwachsrate bei der Fertigstellung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern lag mit 13,9 Prozent deutlich über der von Einfamilienhäusern (+2,6 Prozent).